

# Bürgerinitiative wendet sich wegen Salzeinleitung an Landrat

Offener Brief: „Eine Verschlechterung ist nicht hinzunehmen“

Von Sebastian Knoppik

**Giesen.** Im Streit um die Einleitung salzhaltigen Abwassers in die Innerste hat sich jetzt die Bürgerinitiative Giesen Schacht zu Wort gemeldet. In einem offenen Brief an Landrat Olaf Levonen (SPD) kritisiert die BI die zu erwartenden Salzbelastungen. Letztendlich wird über das Thema der Kreistag entscheiden.

Eigentlich zuständig für die Genehmigung des Bergwerks ist das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Hannover. Der Kasseler Konzern K+S hat zwar seine Pläne zur Wiedereröffnung des Bergwerks erstmal auf Eis gelegt. Aber das Planfeststellungsverfahren beim LBEG läuft trotzdem

weiter. Schließlich hat sich K+S die Option offen gehalten, seine Pläne doch noch umzusetzen.

Ein Streitpunkt ist dabei die geplante zusätzliche Kalihalde und die damit verbundene Einleitung von Salzwasser in die Innerste. Und hier kommt der Landkreis ins Spiel. Der muss nämlich im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens letztlich über die wasserrechtliche Erlaubnis entscheiden.

Deswegen wendet sich die BI nun an Landrat Levonen. Nach Angaben der Bürgerinitiative liegen die von der Firma K+S beantragten Grenzwerte für Chlorid zwischen 200 und 400 Milligramm pro Liter. Laut BI liegt die Belastung aber schon im Schnitt bei 140 Milligramm pro Liter. Dies sei als „deut-

liche Belastung“ einzustufen, schreibt die BI und beruft sich dabei auf den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN). Außerdem bezieht sich die Bürgerinitiative auf ein Gutachten im Auftrag der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser, in dem von einem Schwellenwert von 40 bis 90 Milligramm pro Liter die Rede ist. „Die von K+S beantragten Überwachungswerte liegen weit darüber“, heißt es in dem offenen Brief an Levonen: „Eine Verschlechterung über den heutigen Istwert hinaus ist nicht hinzunehmen.“

K+S hat stets betont, dass langfristig durch Begrünung der alten und der neuen Halde sogar eine Verbesserung bei der Salzbelas-

tung erreicht werden soll, dass zunächst aber die Werte ansteigen werden.

Eine Reaktion von Levonen auf den Brief gibt es bislang nicht. Er wird aber wohl auch nicht allein darüber entscheiden. Denn die neue Mehrheitsgruppe aus SPD und CDU will, dass der Kreistag über die wasserrechtliche Erlaubnis abstimmt. So hat es die Gruppe in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt. Levonens Vorgänger Reiner Wegner war dagegen, dass der Kreistag darüber entscheiden darf. Wie sich der neue Landrat in dieser Frage verhält, ist unklar. Kreissprecher Hans-Albert Lönneker konnte dazu zunächst keine Auskunft geben und verwies auf eine Stellungnahme zu einem späteren Zeitpunkt.